

9.4.2 Verwaltungsexternes Verfahren

9.4.2.1 Checkliste zum Ablauf von verwaltungsexternen Vernehmlassungen

Das verwaltungsexterne Vernehmlassungsverfahren wird zwischen der 1. Lesung und der 2. Lesung des Regierungsrats durchgeführt. Hinsichtlich des Verfahrens sind folgende Punkte zu beachten:

1. Das externe Vernehmlassungsverfahren erfolgt aufgrund eines **Auftrags des Regierungsrats** anlässlich der ersten Lesung.
2. Die **Liste der Vernehmlassungsadressaten** ist dem Antrag für die 1. Lesung beizulegen oder ins Dispositiv aufzunehmen ([Liste der Vernehmlassungsadressaten](#)).
3. Die **Vernehmlassungsfrist** ist im Dispositiv aufzuführen. Die Frist sollte nicht zu kurz bemessen sein. Sie muss in der Regel drei Monate betragen (Schulferien nicht eingerechnet) und darf nicht während den Schulferien ablaufen. In Ausnahmefällen kann es vorkommen, dass bei frist- oder termingebundenen Geschäften oder bei solchen mit einem dringlichen Handlungsbedarf kürzere Fristen festgelegt werden müssen. Fristverkürzungen werden jeweils begründet. Die federführende Direktion oder Staatskanzlei kann bei Bedarf eine Fristverlängerung gewähren.
4. Sofern Parteien begrüsst werden, sind sämtliche im Kantonsrat vertretenen **Parteien**, nicht jedoch die Parteilosen, in das Vernehmlassungsverfahren einzubeziehen.
5. Bei **personalrelevanten Vernehmlassungen** sind der Staatspersonalverband und der Verband Zuger Polizei zur Vernehmlassung einzuladen. Der Personalverband der Zuger Gemeinden wird nur bei offensichtlicher Betroffenheit der kommunalen Mitarbeitenden zur Vernehmlassung eingeladen.
6. Bei **wirtschaftsrelevanten Vernehmlassungen** sind die folgenden Wirtschaftsverbände zur Vernehmlassung einzuladen: die Zuger Wirtschaftskammer, die Zuger Treuhändervereinigung (ZTV), der Gewerbeverband des Kantons Zug, der HEV Zug und Umgebung, der Zuger Bauernverband sowie der Advokatenverein des Kantons Zug (sofern das Geschäft den Kernbereich der Anwältinnen und Anwälte betrifft).
7. Bei **sozialpolitischrelevanten Vernehmlassungen** sind die folgenden Sozialverbände zur Vernehmlassung einzuladen: die Gewerkschaft SYNA Zug/Schwyz, der Gewerkschaftsbund des Kantons Zug, die Angestelltenvereinigung Region Zug sowie der Mieterinnen- und Mieterverband des Kantons Zug.
8. Bei **ökologierelevanten Vernehmlassungen** sind die folgenden Umweltverbände zur Vernehmlassung einzuladen: WWF Sektion Zug und Pro Natura Zug.
9. In der Regel sind die Vernehmlassungen von der zuständigen Direktion im **Internet** aufzuschalten. Ausnahmsweise kann jedoch davon abgesehen werden. Zuerst auf der Seite der Staatskanzlei in iZug findet sich ein [Meldeformular](#). **Die jeweils federführende Direktion wird gebeten, dieses Formular für die Aufschaltung der Vernehmlassung auszufüllen und an die Staatskanzlei zu senden.**
10. Die Grundsätze für die Bekanntgabe von Vernehmlassungen von **Privatpersonen** sind in Ziffer 2 (Grundlegendes) und Ziffer 3.4 Bst. b der [Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten vom 31. Dezember 2004/14. Juli 2006](#) geregelt.